

15. März 2017 | 5.332 Zeichen

Konjunkturmotor trotz zahlreicher Risiken weiter auf Touren

Deutsche Wirtschaft bleibt robust und dürfte 2017 um 1,4 Prozent wachsen – Beschäftigungsaufbau hält an, höhere Inflation dämpft aber privaten Verbrauch – Investitionen nach wie vor schwach – Nur begrenzte finanzpolitische Spielräume

Brexit und Trump zum Trotz präsentiert sich die deutsche Wirtschaft nach wie vor robust und dürfte auch in diesem Jahr deutlich wachsen: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) prognostiziert einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 Prozent und erhöht seine Vorhersage aus dem Dezember damit um 0,2 Prozentpunkte. Deutlich nach oben korrigierte offizielle Arbeitsmarktdaten zeigen, dass sich der Beschäftigungsaufbau nicht seit Mitte vergangenen Jahres abflacht hat, sondern bis zuletzt dynamisch blieb – und so dürfte es auch weitergehen: 600.000 Erwerbstätige werden nach der DIW-Prognose in diesem und weitere 440.000 im nächsten Jahr hinzukommen. Die Arbeitslosenzahl sinkt weiter, obwohl mehr und mehr Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis erhalten und einen Job suchen. Es gibt jedoch zwei Wermutstropfen, die in auffälligem Kontrast stehen zum Beschäftigungsboom: Erstens investieren die Unternehmen nach wie vor äußerst verhalten und zweitens steigt der private Konsum in der ersten Jahreshälfte 2017 nur moderat.

Inflation bremst vorübergehend Konsum der privaten Haushalte

Der private Verbrauch bleibt zwar die Hauptstütze des Wachstums – gleichwohl sind die realen Zuwächse derzeit nicht sehr ausgeprägt, denn die Löhne steigen nur moderat und die höhere Inflation mindert die Kaufkraft. Zuletzt ist die Teuerungsrate kräftig gestiegen und dürfte im Jahresdurchschnitt mit 1,8 Prozent deutlich höher liegen als im vergangenen Jahr (0,5 Prozent). Allerdings ist der starke Preisanstieg keine Folge einer kräftig anziehenden Konjunktur oder gar einer Überhitzung der deutschen Wirtschaft; vielmehr geht er vor allem auf die gestiegenen Ölpreise zurück. Unter der Annahme, dass die Ölpreise im Prognosezeitraum nicht weiter steigen, dürfte die Inflation im kommenden Jahr wieder merklich zurückgehen – auf 1,4 Prozent – und der private Verbrauch deutlich stärker zulegen.

Ähnlich ist die Situation im Euroraum – auch hier sind die höheren Inflationsraten vorübergehender Natur. Klammert man die schwankungsanfälligen Energie- und Lebensmittelpreise aus, liegt die Inflation in Deutschland und im Euroraum nach wie vor deutlich unter zwei Prozent. Da zudem die Produktionskapazitäten in der Währungsunion bis ins kommende Jahr hinein unterausgelastet bleiben, sind Rufe nach einer strafferen Geldpolitik aus Sicht des DIW Berlin verfrüht. Angesichts der insgesamt robusten wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum spricht derzeit allerdings auch nichts für eine weitere Lockerung der Geldpolitik.

Schwache Investitionen bleiben die Achillesferse der deutschen Wirtschaft

Laut DIW-Prognose wird die europäische Wirtschaft in diesem und im nächsten Jahr um rund anderthalb Prozent wachsen. Die Risiken sind aber nach wie vor hoch: Falls

DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
Postanschrift:
DIW Berlin, 10108 Berlin
T +49 30 89789-0
F +49 30 89789-200
www.diw.de

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Mathilde Richter
T +49 30 89789-249, -250 o. -152

Vorstand

Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D. (Präsident)
Angelica E. Röhr
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Vorsitzender des Kuratoriums
Prof. Dr. Axel A. Weber

der Ausgang der bevorstehenden Wahlen in Frankreich und den Niederlanden für Turbulenzen auf den Finanzmärkten sorgt, könnte sich die Konjunktur erneut eintrüben. Hinzu kommen die Brexit-Verhandlungen, die konfrontativer geführt werden könnten als angenommen, und die unklare Wirtschaftspolitik der US-Regierung, die den Welthandel durch protektionistische Maßnahmen beeinträchtigen und insbesondere exportstarken Ländern wie Deutschland schaden könnte.

Die hohe Unsicherheit spiegelt sich schon heute in den nach wie vor schwachen Investitionen in Deutschland wider. Derzeit scheinen die Unternehmen lieber Personalausgaben zu erhöhen als zu investieren – wohl auch in der Erwartung, dass Fachkräfte bei einem knapper werdenden Arbeitskräfteangebot künftig schwieriger zu finden sein werden. Dass der Beschäftigungsaufbau derzeit vergleichsweise wenige Investitionen nach sich zieht, liegt aber auch daran, dass er vornehmlich im Dienstleistungsbereich stattfindet und weniger in der investitionsstarken Industrie.

Auch aufgrund der schwachen Investitionstätigkeit bleibt der deutsche Leistungsbilanzsaldo mit voraussichtlich 7,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in diesem und 7,5 Prozent im nächsten Jahr außerordentlich hoch. Die Exporte übersteigen die Importe also nach wie vor bei weitem; dies dürfte die Kritik internationaler Partner und den sich abzeichnenden Handelskonflikt mit der US-Regierung weiter nähren.

Spielräume in den öffentlichen Haushalten sehr begrenzt

Die derzeit hohen Überschüsse in den Kassen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen – im vergangenen Jahr hat der öffentliche Gesamthaushalt mit einem Plus von 24 Milliarden Euro abgeschlossen – täuschen. Sie werden kräftig zurückgehen, denn die Steuereinnahmen nehmen relativ verhalten zu und die Ausgaben steigen weiterhin kräftig. Klammert man konjunkturelle Einflüsse aus, wird der Staat insgesamt im kommenden Jahr wahrscheinlich sogar mit leichten Defiziten abschließen. Und schon bald werden die Auswirkungen des demografischen Wandels immer stärker zu spüren sein. Umso wichtiger ist es, finanzpolitisch die richtigen Prioritäten zu setzen und das Wachstumspotential zu stärken. Nach DIW-Einschätzung sind dafür einerseits investive Ausgaben, andererseits aber auch eine Entlastung des Faktors Arbeit durch geringere Sozialbeiträge geeignet.

KURZ GESAGT

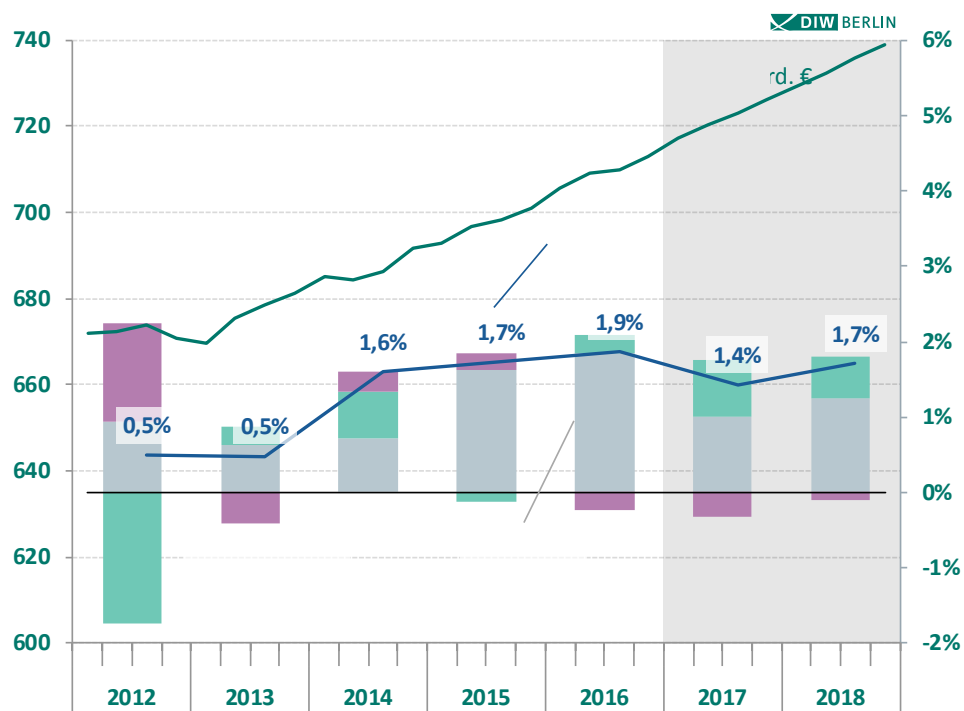
Marcel Fratzscher, DIW-Präsident: „Der Beschäftigungsboom in Deutschland wird sich in diesem Jahr fortsetzen. Die geringe reale Lohnentwicklung und die schwachen Investitionen sind die zwei größten Schwächen der deutschen Wirtschaft. Das schwächt das Wachstumspotential und trägt dazu bei, dass der Leistungsbilanzsaldo zu hoch bleibt, was den Konflikt mit den USA und innerhalb der EU weiter anfachen könnte. Am meisten schaden diese Entwicklungen der deutschen Wirtschaft, die dadurch langfristig an Wachstumspotential und Wohlstand einbüßt.“

Ferdinand Fichtner, DIW-Konjunkturchef: „Im Euroraum geht es endlich wieder kontinuierlich aufwärts. Allerdings lauern nach wie vor Risiken, die das Potential haben, die europäische Wirtschaft wieder zurückzuwerfen. Dazu zählen die bevorstehenden Wahlen in Frankreich und den Niederlanden, die Spannungen auf den Finanzmärkten auslösen könnten. Hinzu kommen die Brexit-Verhandlungen, die schon jetzt in vielen Unternehmen Sorgen wecken und möglicherweise konfrontativer geführt werden als angenommen.“

Simon Junker, Experte für die deutsche Wirtschaft: „Der Beschäftigungsaufbau scheint erfreulicherweise kein Ende zu nehmen: 600.000 Erwerbstätige mehr in diesem Jahr und nochmals 440.000 Erwerbstätige mehr im kommenden Jahr sind eine Hausnummer. Die Arbeitslosigkeit sinkt – und das, obwohl mehr und mehr Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis erhalten und einen Job suchen. Auch wenn die zwischenzeitlich höhere Inflation die Kaufkraft dämpft, bleibt der private Konsum ein wichtiger Wachstumstreiber.“

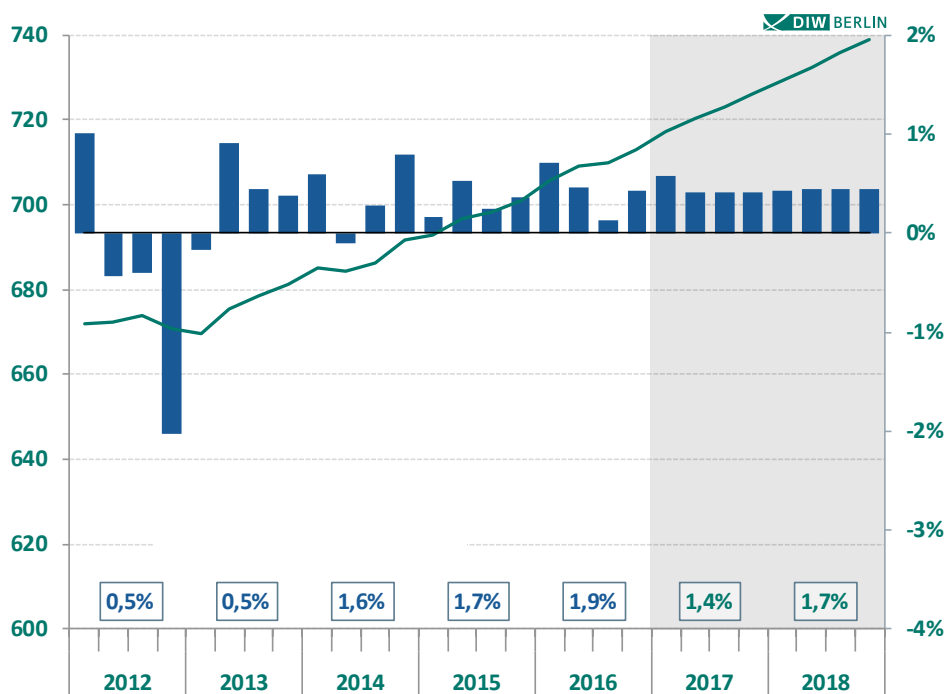
Kristina van Deuverden, Finanzexpertin: „Die zuletzt hohen Überschüsse in den öffentlichen Haushalten zeichnen ein trügerisches Bild. Die Ausgaben steigen stärker als die Einnahmen und die Spielräume werden zunehmend kleiner. Deshalb kommt es darauf an, dass die Finanzpolitik endlich Prioritäten setzt, die dazu beitragen, das langfristige Wachstumspotential zu erhöhen. Dazu sollten Sozialbeiträge gesenkt und so der Faktor Arbeit entlastet werden und es muss mehr investiert werden.“

Prognose des DIW Berlin: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland



Quelle: DIW Frühjahrsgrundlinien 2017.

Prognose des DIW Berlin: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland



¹⁾ Saisonbereinigte Werte

²⁾ Ursprungswerte

Quelle: DIW Frühjahrsgrundlinien 2017.

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,5	1,6	1,7	1,9	1,4	1,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	42 328	42 662	43 057	43 593	44 191	44 633
Erwerbslose, ILO	2 182	2 092	1 949	1 776	1 593	1 486
Arbeitslose, BA	2 950	2 898	2 795	2 691	2 518	2 368
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,2	5,0	4,6	4,1	3,6	3,4
Arbeitslosenquote, BA ²	6,9	6,7	6,4	6,1	5,7	5,3
Verbraucherpreise ³	1,5	0,9	0,2	0,5	1,8	1,4
Lohnstückkosten ⁴	1,8	1,7	1,5	1,4	2,4	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-5,4	8,6	20,9	23,7	14,3	8,6
In Prozent des BIP	-0,2	0,3	0,7	0,8	0,4	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	6,7	7,5	8,6	8,3	7,8	7,5

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2017 und 2018: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die „Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2017“ sind im DIW Wochenbericht 11/2017 erschienen:



diw.de/wochenbericht

Ein Audio-Interview mit DIW-Konjunkturchef Ferdinand Fichtner gibt es in der DIW-Mediathek:



diw.de/mediathek